



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 19/6847**

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern: Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation
COM(2025) 89 final
BR-Drs. 136/25**

I. Beschlussempfehlung:

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen mit folgenden Maßgaben:

1. Der Landtag erkennt die Bemühungen der Europäischen Union um die Stärkung der Bildung in den Mitgliedstaaten gerade auch im vorliegenden wichtigen und aktuellen Themenfeld „Bildung in MINT-Fächern“ an. Sowohl Deutschland als auch insbesondere die für die Bildung zuständigen deutschen Länder messen dem Thema selbst hohe Bedeutung bei und haben diesbezüglich bereits vielfältige Maßnahmen ergriffen.
2. Der Landtag weist gleichzeitig darauf hin, dass Bildung nicht nur einseitig auf Arbeitsmarkterfordernisse ausgerichtet werden darf und kein bloßes Instrument zur Erreichung von Wachstum und Beschäftigungsfähigkeit darstellt, sondern im Sinne einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung der Menschen umfassender verstanden und gestaltet werden muss.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Mitteilung der Europäischen Kommission „Ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern“ sowie die darin jeweils enthaltenen Einzelinitiativen sich mit Themen beschäftigen, die thematisch schwerpunktmäßig die Gesetzgebungsbefugnisse der Länder im Bereich der schulischen Bildung, der Lehrkräfteausbildung, der beruflichen Bildung und der Hochschul- sowie die Erwachsenenbildung berühren. Hierzu gehören unter anderem die Vorschläge zur Festlegung von Rahmenwerken, aber auch Fragen der Lehrplan- und Curricula-Gestaltung sowie der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrpersonal, der Anerkennung von Qualifikationen sowie der Setzung von finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen für Bildungseinrichtungen.

4. Der Landtag gibt daher zu bedenken, dass bei der Entwicklung und Umsetzung der im Rahmen des „Strategieplans für die Bildung in MINT-Fächern“ enthaltenen Initiativen darauf hingewirkt werden muss, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen
 - mit einem erkennbaren europäischen Mehrwert verknüpft sind, der darüber hinaus in angemessenem Verhältnis zu den Kosten ihrer Umsetzung steht.
 - auch weiterhin auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basieren und ein Angebot darstellen, bei dem die Mitgliedstaaten über das „Ob“ und das „Wie“ der Umsetzung entscheiden.
 - im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip und unter voller Wahrung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten (und in Deutschland gerade auch der deutschen Länder) im Bildungsbereich entwickelt und durchgeführt werden.

Berichtersteller: **Kristan Freiherr von Waldenfels**
Mitberichtersteller: **Markus Walbrunn**

II. Bericht:

1. Das nichtlegislative Vorhaben der Europäischen Union (§ 83c BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben endberaten.
2. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat das EU-Vorhaben in seiner 27. Sitzung am 26. Juni 2025 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83c Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat das Verfahren in seiner 28. Sitzung am 3. Juli 2025 federführend beraten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 31. Sitzung am 15. Juli 2025 endberaten und einstimmig empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende